Nr. 214 XXIX. Jahrgang

Dienstag, 13. September 1921

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für auswärts M. 2.50, für das Ausland M. 12.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 10.—, für das Ausland M. 20.—. Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Todesanzeigen 60 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.75 frei ins Haus. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 3.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 5.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Reichswirtschaftsrat und Steuergesetzgebung

Erhöhung des steuerfreien Minimums vorgeschlagen

Die Neubildung von Vermögen darf nicht unterbunden werden

B. **Berlin**, 12. September. (Eig. Drahtbericht.) Zu den Steuervorschlägen im allgemeinen nimmt jetzt in einem eingehenden und bemerkenswerten Gutachten der Reichswirtschaftsrat Stellung. Er hat die einzelnen Steuervorschläge der Regierung in Unterausschüssen durchberaten lassen und sodann dem großen Reparationsausschuß Bericht erstattet. Bei der Vermögenssteuer wird vorgeschlagen, den steuerfreien Betrag von 50 000 auf 100 000 Markzuerhöhen, die ersten 100 000 M. (statt 50 000 Mark), von dem für die nächsten 15 Jahre vorgesehenen Zuschlag freizulassen und die Staffelung selbst herabzusetzen. In ähnlicher Weise werden zu andern Bestimmungen des Regierungsentwurfs Anregungen gegeben. Bei der Vorlage für die Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß von einem Vermögenszuwachs nicht gesprochen werden kann, wenn das Vermögen nur infolge der starken Entwertung des Geldes eine andre Bewertungsziffer aufweist. Solche scheinbaren Wertsteigerungen dürften nicht als voller Wertzuwachs erfaßt, sondern es dürften nur die darüber hinaus wirklich erfolgten Wertsteigerungen zur Besteuerung herangezogen werden. Bei der Erörterung ergab sich im Reichswirtschaftsrat Uebereinstimmung darin, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die augenblickliche Steuergesetzgebung noch nicht zu übersehen ist, weil der Gesamtplan, in dem sich die einzelnen Gesetze einordnen, nicht bekannt ist und weil zum großen Teil die Ertragsschätzungen fehlen. Der Reichswirtschaftsrat empfiehlt, die Steuergesetze als einheitliches Ganzes zu verabschieden und dabei besonders darauf zu achten, daß die jetzt von der Besteuerung betroffenen Gegenstände durch die Gesamtheit der steuerlichen Belastung in ihrem Bestande nicht so angegriffen werden, daß dadurch die Neubildung von Vermögen und damit der Wiederaufstieg der Wirtschaft verhindert wird.

Die westungarische Gefahr für Mitteleuropa

Von unserm kk-Korrespondenten

Wien, 9. September

In parlamentarischen Kreisen hat der Ton der Ententenote, die an die ungarische Regierung in der westungarischen Sache gerichtet wurde, durchaus nicht befriedigt. Nach den Mitteilungen des offiziellen ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus hat die Entente „mit Bedauern" von den Vorgängen in Westungarn vernommen, die „leider" keinen Zweifel gestatten, daß sich die Regierung der Uebergabe des Gebietes an Oesterreich zu entziehen die Absicht habe. Die Entente gibt der „Hoffnung" Ausdruck, daß die ungarische Regierung imstande sein werde, jedermann zur genauen Durchführung des Vertrages von Trianon zu zwingen, und die Ententevertreter haben nach Ueberreichung der Note hinzugefügt, sie wären „dankbar", wenn die Räumung Westungarns wieder aufgenommen und durchgeführt würde. Man muß fragen: ist das die Sprache, die gegenüber einer Regierung am Platze ist, die nicht nur den unterschriebenen und ratifizierten Vertrag von Trianon mißachtet, sondern deren Organe auch in altösterreichisches Gebiet einfallen und damit die Grundlagen des Völkerrechts verletzen? Hätte da die Entente nicht kraftvoller auftreten und anstatt des „Bedauerns", „Hoffens" und „Dankbarseins" nicht einen energischen Befehl zur vollständigen Räumung Westungarns von ungarischen Regulären und Freischärlern geben sollen?

Die Entente ist dazu verpflichtet, denn sie hat, wie mir an zuständiger Stelle erklärt wird, die volle Durchführung des Friedensvertrages übernommen und auf sich genommen; sie ging dabei so weit, daß sie die Uebernahme des Gebietes mit einer geringfügigen Zahl österreichischer Gendarmen durchzuführen anordnete. Die Entente trifft also alle Verantwortung für die Geschehnisse. Unter den Augen der Oedenburger Ententegenerale hat sich die Zweiteilung der ungarischen Kräfte in Gendarmerie und „Detachements" vollzogen, allein, daß beide Teile zusammenarbeiten, erhellt aus der unwiderleglichen Tatsache, daß die oberste Leitung beider in den Händen Prónays ist, der Gendarmeriekommandant und Kommandant der Detachements ist, von deren Existenz die ungarische Regierung keine Ahnung haben will. Ein greifbares Beispiel für die hinterhältige Doppelrolle, die die ungarische Regierung in der ganzen Sache spielt, ist die Tatsache, daß die 16 österreichischen Gendarmen, die in Fürstenfeld gefangengenommen und angeblich von „Detachements" in Westungarn verhaftet wurden, jetzt auf ungarischem Boden bei dem Kommando Prónay in Steinamanger interniert sind. Merkwürdigerweise erschien am Montag ein französischer Offizier als Parlamentär, um namens des Gendarmeriekommandos in Steinamanger, d. h. also namens der ungarischen Regierung Vorschläge über die Freilassung dieser 16 Gendarmen zu machen.

Alle diese Vorfälle und noch viele andre, die trotz der Ententenote stündlich gemeldet werden, und in denen immer von neuen Opfern berichtet wird, haben begreiflicherweise eine starke Spannung in der österreichischen Bevölkerung ausgelöst, und wenn es der großen Entente nicht gelingen sollte, innerhalb allerkürzester Frist (die Ententenote hat doch „sofortige" Räumung verlangt) ihren Entscheidungen Geltung zu verschaffen, so können sich daraus schwere Folgen für Mitteleuropa ergeben. Das Eingreifen der kleinen Entente, deren Rechtsbasis die Friedensverträge sind, wäre voraussichtlich unvermeidlich. Damit wäre aber auch Mitteleuropa ernstlich bedroht, d. h. aus der westungarischen Sache könnte vielleicht ein neuer mitteleuropäischer Krieg entstehen.

Der Reichsgedanke siegt in München

Ministerpräsident Kahr und Justizminister Roth treten zurück

Von unserm Münchner W-Mitarbeiter

München, 12. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Ministerkrise ist am gestrigen Sonntag zum Ausbruch gekommen. Sie ist, obwohl sie eigentlich vorauszusehen war, der maßgebenden Partei, der Bayrischen Volkspartei, überraschend gekommen. Ministerpräsident v. Kahr ist am Sonntag mittag zurückgetreten und mit ihm auch der von der Deutschnationalen Volkspartei gestellte Justizminister Dr. Roth. Herr Kahr ist sowohl von der Bayrischen Volkspartei wie von seinen andern Ministerkollegen — zwei der Bayrischen Volkspartei angehörende Minister fehlten in der entscheidenden Sitzung — vollständig im Stiche gelassen worden. Notgedrungen! Denn die Bayrische Volkspartei hatte bis zuletzt geglaubt und gehofft und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Kahr für ihren Standpunkt gewinnen und halten zu können. Jetzt herrscht ziemliche Ratlosigkeit. Man will die beiden Ministerposten einstweilen nicht neu besetzen, um die Fiktion vom Weiterbestehen der bisherigen Regierungskoalition aufrechterhalten, und in der Hoffnung, daß, falls Berlin auf die bayrischen Gegenvorschläge nicht eingeht, dann kein Hindernis mehr für die Wiederkehr der Zurückgetretenen auf ihre Posten bestünde. Mit dem Eintritt der Mehrheitssozialisten in die Koalition und in das Ministerium scheint man einstweilen nicht zu rechnen. Nimmt dagegen Berlin die bayrischen Abänderungsvorschläge an, dann wird wohl eine anderweitige Besetzung des Ministerpräsidiums und des freigewordenen Justizministeriums erfolgen müssen. Bei der Bayrischen Volkspartei scheint die Absicht zu bestehen, alsdann lediglich mit dem Bauernbund und den Demokraten zusammen eine Regierungsmehrheit zu bilden.

•

Als am Freitag vergangener Woche die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Delegation in Berlin zu einem Kompromiß geführt hatten, und gegen diesen Kompromiß sofort in München scharfgemacht wurde, machten wir auf gewisse, damals allerdings noch andeutungsweise in Erscheinung tretende Gegensätzlichkeiten zwischen dem Kabinett Kahr und der Bayrischen Volkspartei aufmerksam. Darauf erschien das in solchen Fällen übliche Dementi, dem heute die Bestätigung folgt: Die Bayrische Volkspartei hat Kahr fallengelassen. Allerdings nicht gern. Sie hat alles versucht, um den Ausbruch dieser Ministerkrise zu verhindern, und erst Kahrs entschiedene und gefährlich werdende Hartnäckigkeit zwang sie dazu, den entscheidenden Schritt zu tun. Nach der Rückkehr der bayrischen Delegierten aus Berlin trat sofort der Ständige Landtagsausschuß zusammen, um sich über den Berliner Pakt schlüssig zu werden. Der Abgeordnete Held erstattete Bericht und teilte die in Berlin vereinbarten Abänderungen der Verordnung des Reichspräsidenten mit. Diese Abänderungen beziehen sich vor allem auf die Paragraphen 4 und 7 dieser Verordnung. Sie übertragen den Hauptteil der Ausführungsbestimmungen auf die Landeszentralbehörde. Der Reichsminister kann ihnen zufolge in Zukunft nicht mehr ein Verbot sofort direkt aussprechen, sondern nur die Landeszentralbehörde um den Ausspruch dieses Verbots ersuchen. Der letzte Satz dieses ursprünglichen § 4 soll dahin geändert werden: Glaubt die Landeszentralbehörde dem Ersuchen nicht entsprechen zu können, so kann der Reichsminister des Innern den Reichsratsausschuß anrufen.

Der Ständige Ausschuß stimmte diesem Kompromiß, der zweifellos ein außerordentlich weitgehendes Entgegenkommen der Reichsregierung darstellt, zu und einigte sich nach längerer Debatte auf folgende Schlußbemerkung: „Unter der Voraussetzung, daß die Reichsregierung dem Wunsche der bayrischen Regierung entspricht, erklärt sich diese bereit, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten." Der Ministerrat hatte aber trotzalledem noch Bedenken, die sich vor allem gegen diesen Schlußpassus richteten. Unter Berufung auf die Lostrennungsbestrebungen in Franken beantragte er einen Zusatz, nach dem der Ausnahmezustand erst dann aufzuheben wäre, „wenn die Verhältnisse es erlauben."

In der entscheidenden Sonntagssitzung des Landtagsausschusses wurde dieser Zusatz abgelehnt und damit war das Schicksal des Kabinetts Kahr in seiner heutigen Zusammensetzung erledigt. Für den Antrag der Regierung traten nur die Deutschnationalen ein. Die Stimmung in der Bayrischen Volkspartei war geteilt. Drei Strömungen kämpften miteinander. Der Abgeordnete Held stellte sich persönlich hinter Kahr, der Abgeordnete Dr. Wohlmuth beantragte Verschiebung der Entscheidung. Das lösende Wort sprach Speck, der in sehr eindringlichen Worten davor warnte, die Sache auf die Spitze zu treiben. Komme es zu einem Konflikt mit dem Reiche, so werde Bayern sofort ins Hintertreffen geraten, denn es stehe dann in Deutschland völlig isoliert da. „Wir würden dann nicht nur die Vorteile der gestern vorgeschlagenen Abmachungen verlieren, sondern es besteht darüber hinaus die Gefahr, daß dann vom Reich einfach tabula rasa gemacht wird." Speck schloß seine sehr ernste Rede mit der eindringlichen Bitte, alle Prestigerücksichten zurücktreten zu lassen. „Wir müssen uns auf den Boden der Reichsverfassung stellen, wenn wir uns nicht dem Vorwurf des Verfassungsbruchs aussetzen wollen." Die Rede verfehlte ihre Wirkung nicht; die Bayrische Volkspartei lehnte alle Zusatzanträge ab und beharrte auf ihren ursprünglichen Beschlüssen. Der Reichsgedanke hatte damit über alle partikularistischen Eigenbrötelein gesiegt.

Heute wird man sich in Berlin nun über die bayrischen Beschlüsse unterhalten und zu ihnen Stellung nehmen müssen. Wir dürfen der Erwartung Ausdruck geben, daß nunmehr auch dort alles getan wird, um eine neue Verschärfung des Konflikts zu vermeiden. Ueber die weitere Entwicklung der Ministerkrise in München selbst gibt man am besten heute noch keine Prognose ab. Diese wird wesentlich von den heutigen Beschlüssen in Berlin beeinflußt werden.

•

Die Bedeutung der bayrischen Ministerkrise

Ruck nach links — Annäherung der Bayrischen Volkspartei an das Zentrum?

B. **Berlin**, 12. September. (Eig. Drahtbericht)

Die bayrische Krise hat am Sonntag zum Rücktritt des bayrischen Ministerpräsidenten v. Kahr und des Justizministers Dr. Roth geführt. Der ständige Ausschuß des Landtages hatte die ganze Nacht hindurch verhandelt und schließlich sich mit Stimmenmehrheit auf Vorschläge geeinigt, bei deren Annahme durch die Reichsregierung sich die bayrische Regierung bereiterklären sollte, der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern näherzutreten. Dieser Beschluß des ständigen Ausschusses wurde am Sonntag der bayrischen Regierung übermittelt, die nach eingehender Beratung bei dem Landtagsausschuß den Zusatz beantragte, daß der Aufhebung des Ausnahmezustandes erst dann nähergetreten werden sollte, „wenn die Verhältnisse es gestalteten". Der Landtagsausschuß trat am Sonntag wieder zusammen und lehnte diesen Zusatzantrag der Regierung gegen die Stimmen der bayrischen Mittelpartei (Deutschnationale) und eines Abgeordneten der Bayrischen Volkspartei ab. Daraufhin erklärten Ministerpräsident v. Kahr und Justizminister Roth ihren Rücktritt. Kultusminister Matt wurde vorläufig mit der Führung der Geschäfte des Ministerpräsidenten betraut. Das Kabinett bleibt beisammen, so daß es sich um keine Gesamtdemission handelt. Kombinationen über die Nachfolgerschaft des Herrn v. Kahr sind noch verfrüht, wenn auch die Namen des früheren Kultusministers v. Knilling und des Abgeordneten Held und für den Justizminister der Name des Dr. Müller-Meiningen genannt werden.

Der „Lokalanzeiger" weiß über die Lage in München noch folgendes zu berichten: Das Hauptcharakteristikum der neuen politischen Lage in München ist die Herausdrängung der Deutschnationalen aus der bayrischen Regierungskoalition. Sie wurde herbeigeführt durch eine gewisse Gereiztheit der Bayrischen Volkspartei gegen die Deutschnationalen, die fürchtete, von den Deutschnationalen an die Wand gedrückt zu werden. Die gleiche Furcht war der Hauptgrund für den endgültigen Beschluß, Kahr fallen zu lassen. Erzberger ist tot. Und damit ist die Bahn freigemacht zur Wiedervereinigung der Bayrischen Volkspartei mit dem Zentrum. Der Münchner Polizeipräsident Pöhner, Kahrs starke rechte Hand, hat sich seine Entschlüsse vorbehalten. Mit dem Wegfall der Deutschnationalen ist die Regierungskoalition von 110 auf 90 Mitglieder gesunken, also immer noch reichlich stark genug. Die Reichsregierung hat, wie verlautet, zu dem Ergebnis in München noch keine Stellung genommen. Bis in die Abendstunden war an die Reichsregierung von München aus eine Rückfrage über die Fassung des § 4 noch nicht erfolgt. Heute vormittag um 10 Uhr tritt der 8. Ausschuß des Reichstags wieder zusammen, der sich eingehend mit den Münchner Vorgängen zu befassen haben wird. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die sozialistischen Parteien einen Antrag auf Einsetzung der Reichsexekutive einbringen werden. Das Reichskabinett hat weder gestern noch vorgestern getagt, um sich mit dem bayrischen Konflikt zu befassen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es dem 8. Ausschuß des Reichstags nicht vorgreifen will.

•

Weitere Entwicklung der Krise

+ **München**, 12. September. (Eig. Drahtbericht.)

Infolge des Rücktritts des Ministerpräsidenten Dr. von Kahr und des Justizministers Dr. Roth sind die Führer der bayrischen Koalitionsparteien noch am gestrigen Sonntag zusammengetreten, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Die Gerüchte, daß die ganze Staatsregierung zurückgetreten sei oder zurücktreten werde, sind unzutreffend. Es ist möglich, daß der Ständige Landtagsausschuß statt am Mittwoch bereits morgen wieder zusammentreten wird. Pressekundgebungen zu den Ereignissen des Sonnabends und Sonntags liegen noch nicht vor, weil in München keine Montags-Morgenblätter erscheinen. In politischen Kreisen war gestern abend die Version verbreitet, daß sich Herr v. Kahr nach Ueberwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten mit dem Reiche wieder bereit finden lassen werde, das Ministerpräsidium beizubehalten oder wieder zu übernehmen. An gut unterrichteten Stellen findet dieses Gerücht aber vorläufig keinerlei Bestätigung.

Das irische Problem

Von Jan Eyssen

Lloyd George hat de Valera neuerdings eingeladen, ihn am 20. September in Schottland zu treffen. So unversöhnlich der Brief de Valeras, den er am 24. August an Lloyd George sandte, auch ist, er bedeutet darum oder gerade deswegen noch keine Lösung oder gar das letzte Wort. Lloyd George hat in seiner Antwort vom 26. August versucht, die geschichtliche oder politische Größe des Problems zu umreißen. Wir haben uns daran gewöhnt, dies Problem etwas einseitig unter irischer Auffassung zu sehen. Die Tatsache, daß während des Krieges Roger Casement versuchte, Irland durch einen bewaffneten Aufstand die Unabhängigkeit zu erobern, beeinflußt unser Urteil, was begreiflich ist, aber mit der Sache selbst wenig zu tun hat. Der irische Charakter, in dem keltische Einschläge überwiegen, ist für uns noch weniger verständlich als der englische. Kühne Entschlüsse bedeuten auch bei den Iren nicht immer gleich Taten, was wir ja im Kriege gesehen haben, wo die Hoffnung auf die irische Hilfe ein Trugschluß war und blieb. Es ist daher zweckmäßiger, das irische Problem von sich aus zu betrachten, also nicht irgendwelche nationale Abneigungen oder Voreingenommenheiten mit einfließen zu lassen. Sonst werden neue Enttäuschungen das Ergebnis sein. Für England ist Irland nicht nur die vorgelagerte grüne Insel, sondern auch das erste Kolonialland. Nicht zum wenigsten hat England in Irland wertvolle koloniale Erfahrungen gesammelt, die noch heute ausgenutzt werden. Um den fast unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England und Irland zu verstehen, ist es erforderlich, auf die Anfänge und ihre Entwicklung zu verweisen. Die anglo-normännische Eroberung Irlands ist nahezu 800 Jahre alt. Sie beschränkte sich ursprünglich auf die Küstenstriche, ohne dabei zur Mächtigkeit oder zur Tiefe zu gelangen. Erst unter den Tudors setzte die planmäßige Siedlungstätigkeit ein, in der nördlichen, England zugekehrten Provinz Ulster. Vorwiegend waren es Schotten, die hinüber wanderten, aber auch Engländer aus Lancashire und Cheshire. Diese Kolonie hat alle Stürme des Jahrhunderts überdauert, trotzdem sie nicht nur Front gegen die Iren, sondern auch sehr oft gegen die englische Regierung in London machen mußte. Mit den Ulsterschotten war aber nicht nur ein den Iren abgeneigtes Bevölkerungselement nach Irland verpflanzt worden, sie brachten auch den religiösen Gegensatz mit, der Angelsachsen und Kelten in zwei feindliche Lager trennte. Im Bürgerkriege ging Irland verloren. Nur Ulster blieb treu. Nun folgte die Wiedereroberung durch Cromwell, die in ihren Formen hart und grausam war, so daß deren Spuren unauslöschbar in der Seele des irischen Volkes haften blieben. Aber nicht die Iren, die Ulsterschotten waren es, die in den Stürmen der französischen Revolutionskriege die sogenannte Union mit England erzwangen. Bis dahin waren die Iren von jeder politischen oder parlamentarischen Tätigkeit ausgeschlossen. Nun unternahm es Pitt, die Verbindung, das heißt die Union, herzustellen, mit dem Ziel, Irland an das Vereinigte Königreich völlig aufgehen zu lassen.

Dieses Ziel ist durch die parlamentarische Union nicht erreicht worden. Während Cromwell die vollständige Ausrottungspolitik zum Grundsatz erhoben hatte, wechselte die englische Politik im neunzehnten Jahrhundert die Methode, indem sie die Fugel lockerte und so mittelbar das irische Nationalbewußtsein wieder groß zog. Bis in das neunzehnte Jahrhundert hinein waren die Iren nichts weniger und nichts mehr als Hörige, die dem landfremden Großgrundbesitzer den drückenden Pachtzins zu entrichten hatten. Auch das war Cromwells Werk, der nicht nur die Iren einpferchte, vielmehr auch den gesamten Grundbesitz enteignete. Es kann hier vorweg genommen werden, daß England im Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts diesen schwersten Fehler seiner irischen Kolonialpolitik durch eine großzügige Agrarreform wieder gutzumachen suchte. Die geschichtliche Wahrheit verlangt die Feststellung, daß die irische Politik Englands im neunzehnten Jahrhundert nicht mehr auf Unterdrückung und Vernichtung gerichtet war. Im Gegenteil, es ist für die soziale, geistige und wirtschaftliche Hebung der Iren so viel getan worden, als daß sich das mit den englischen Interessen vereinbaren ließ. Aber dies Interesse ist durch politische und wirtschaftliche Rücksichten gebunden. Ein freies und unabhängiges Irland bedeutet für England eine ganz andre Gefahr, als vielleicht der Abfall Südafrikas oder Kanadas. Irland hat nicht nur die vordere geographische Lage am Atlantischen Ozean, es ist vielleicht auch dazu ausersehen, in naher Zukunft die eigentliche Kornkammer des Vereinigten Königreichs zu werden. England hat seinen Bauernstand durch die Kornzollgesetze zugrunde gerichtet. In Irland ist dafür seit der Agrargesetzgebung ein neuer Bauernstand wieder hochgekommen, wozu allerdings nicht nur die Gesetzgebung mitgewirkt hat, sondern auch die Selbsthilfe der Iren, die sich genossenschaftliche organisierten. Ein freies und unabhängiges Irland, das das Ziel Sinnfeins ist, das de Valera in seinem Brief an Lloyd George verlangt, hätte die Macht und die Gelegenheit, unter Umständen auch eine antienglische Politik zu treiben. De Valera ist nicht der Schöpfer von Sinnfein. Diese Bewegung hat ihren Nährboden in der Wiedererwachung des irischen Nationalbewußtseins, auf die auch die Entstehung der Gälischen Liga zurückzuführen ist. Lloyd George macht in seinem Briefe de Valera darauf aufmerksam, daß die Unabhängigkeit nicht einmal von den großen Irenführern gefordert worden sei. Er führt einen Ausspruch Grattans an, daß der Ozean gegen die Unabhängigkeit Einspruch erhebe, während das irische Meer eine wirkliche Vereinigung verhindere. Auch

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19210913/1